

2

82

Union in Deutschland

Bonn, den 21. Januar 1982

Bremsklötze beseitigen

Die politische Woche in Bonn steht im Zeichen der Haushaltsdebatte, in der an drei Tagen 40 Stunden lang das Schicksalsbuch der Nation beraten wird. Helmut Kohl stellte fest: Wir haben keine Chance, diesem Etat zuzustimmen, weil das, was wir an Taten verlangen müssen, was wir Ihnen abfordern müssen, von dieser Bundesregierung nicht mehr geleistet werden kann.

In der Debatte wie zuvor auf einer Sitzung des Bundesvorstandes (18. Januar) nahm die Beschäftigungslage einen breiten Raum ein. Der Bundesvorstand gab hierzu folgende Erklärung ab: Der unaufhaltsame Anstieg der Arbeitslosenzahlen erfüllt den CDU-Bundesvorstand mit großer Sorge. Helmut Schmidt, der einmal die törichte These vertrat, fünf Prozent Inflation seien ihm lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, muß heute zur Kenntnis nehmen, daß die Geldentwertung auf rund sieben Prozent und die Arbeitslosigkeit auf über sieben Prozent angestiegen sind.

Die von der SPD/FDP-Koalition diskutierten, mit Plänen für Steuererhöhungen oder neuen Schulden verbundenen Vorschläge können die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht beseitigen. Sie wären lediglich eine Fortsetzung der verfehlten Politik der Illusionen. Nichts aber wäre für einen Prozeß des kontinuierli-

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ POLEN

CDU unterstützt „Tag der Solidarität“ Seite 3

■ INFORMATION

Entrüstung in Amerika Seite 4

■ DEBATTE

Schmidt verspielt Glaubwürdigkeit und Vertrauenskapital Seite 5

■ ENERGIE

Drittes Fortschreibungsprogramm ein Dokument des Versagens Seite 7

■ KOALITION

Ein Parteitag der Ratlosigkeit Seite 9

■ AUSLÄNDER

Union legt Konzept für eine langfristige Regelung vor Seite 11

■ BUNDESPARTEI

Delegiertenschlüssel für den Bundesausschuß 1982 Seite 14

■ WEHRDIENST

Union für Verlängerung des Ersatzdienstes um sechs Monate Seite 15

■ DOKUMENTATION

Ideologisch verfremdeter Umweltschutz grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Gesamtangebot rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

chen wirtschaftlichen und sozialen Wiedererstarkens der Bundesrepublik Deutschland verhängnisvoller als enttäuschte Hoffnungen.

Die CDU wird ein solches verfehlte angelegtes Beschäftigungsprogramm ablehnen. Sie hat auf ihrem Hamburger Parteitag im November 1981 Wege und Lösungen aus der wirtschaftlichen und sozialen Krise aufgezeigt. Dazu ist es notwendig, die bürokratischen Bremsklötze für Investitionen zu beseitigen, weitere Einsparungen bei Leistungsgesetzen und Subventionen zu beschließen, die leistungshemmenden Steuer- und Abgabebelastungen zu vermindern, den Schuldenzuwachs abzubremesen und eine Rückführung der Staatsquote anzustreben. Dazu gehören auch Maßnahmen einer qualitativen Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel, zum Beispiel Arbeitslose beruflich besser zu qualifizieren und die Möglichkeiten der Arbeitsplatzteilung und der Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen zu verbessern.

Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand sollte für die Zukunft in die Tarifpolitik einbezogen werden. Die CDU weiß sich in dieser Bewertung einig mit dem Sachverständigenrat und der großen Mehrheit der wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Nur so können Signale für einen neuen Anfang gesetzt werden, kann Vertrauen bei Unternehmern und Arbeitnehmern gewonnen werden. Ohne dieses Vertrauen unserer Mitbürger bleiben alle Programme wirkungslos.

In der Generalaussprache über den Bundeskanzleretat erklärte Helmut Kohl zu diesen Themen: Niemand kann darüber hinwegtäuschen, daß wir heute, zu Beginn des Jahres 1982, auch im Bereich der Innen-, der Sozial-, der Wirtschafts- und der Arbeitsmarktpolitik vor einem Scherbenhaufen stehen. Die Bundesrepublik Deutschland ist von allen vier im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz festgesetzten Zielen, der Preisstabilität, dem hohen Beschäftigungsstand, dem außenwirtschaftlichen Gleichgewicht und einem stetigen angemessenen Wirtschaftswachstum, weit entfernt.

Alle Versprechungen wurden nicht eingehalten. Und, Herr Bundeskanzler, von den acht Amtsjahren, die Ihnen im Amt des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland vergönnt waren, sind sieben dadurch gekennzeichnet, daß jeweils am Jahresende die Zahl der Arbeitslosen die 1-Millionen-Marke überschritten hat. Der vorliegende Haushaltsentwurf, mit dem wir uns heute beschäftigen, ist Ausdruck dieser Lage und dieser Politik.

Die unter großen Mühen im Dezember verabschiedeten Haushaltssicherungsgesetze stopfen notdürftig einige der Haushaltslöcher, aber sie bringen keine Perspektive. Niemand von uns hat je geleugnet, daß es die Probleme der Weltwirtschaft gibt, daß es die Schwierigkeiten in der Europäischen Gemeinschaft gibt, daß wir von alledem nicht unbeeinflusst sind.

Auch vor Ihrer Zeit als Regierungschef hatten wir Schwierigkeiten mit unseren Partnern, aber wir haben dennoch einen größeren Vorsprung an Stabilität und Beschäftigung halten können. Und ich frage Sie ganz einfach — und Sie müssen die Frage beantworten, denn Sie sind der Leiter der Regierungsgeschäfte: Warum ist es heute nicht mehr möglich, daß wir, ähnlich, diesen Abstand wieder halten?

Daß das Vertrauen des Auslands in die Stabilität unserer wirtschaftlichen Entwicklung erschüttert wurde, liegt auf der gleichen Linie. Und außerdem — auch das ist unleugbar — sind unsere Zinssätze wesentlich durch die zu hohe Inanspruchnahme der Kreditmärkte durch die öffentliche Hand beeinflusst. Es ist also die Zeit gekommen, daß Sie unseren Mitbürgern die Wahrheit sagen, die Wahrheit über Ursachen und die Wahrheit über die Folgen Ihrer Politik.

Das bedrückendste Element deutscher Gegenwarts-, deutscher Innenpolitik ist die hohe Arbeitslosigkeit. Wir sagen seit langem, daß im Ausweg aus diesem Übel nur über eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, über die Erfahrungen

CDU unterstützt „Tag der Solidarität“ mit inhaftierten polnischen Gewerkschaftern

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands dankt allen Mitbürgern für die in den vergangenen Wochen zugunsten der polnischen Bevölkerung geleisteten Spenden, heißt es in einer Erklärung des CDU-Bundesvorstandes. Sie bittet, in diesem Bemühen nicht nachzulassen und weiterhin alles zu tun, um die schwierige Situation der Polen zu erleichtern. Die tätige Hilfe der Deutschen ist ein Akt der europäischen Solidarität und ein Beweis für die trotz aller politischer Schwierigkeiten erfolgte deutsch-polnische Aussöhnung.

Der CDU-Bundesvorstand begrüßt und unterstützt die Entscheidung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes, den 30. Januar zum „Tag der Solidarität“ mit den inhaftierten polnischen Gewerkschaftern zu erklären.

Betroffenheit über Anschlag in Berlin

In tiefer Betroffenheit müssen wir erfahren, daß der verbrecherische Anschlag auf das israelische Restaurant in Berlin ein Todesopfer gefordert hat. Ein un-

schuldiges Menschenleben, das gerade erst begonnen hatte, wurde durch das ruchlose Attentat ausgelöscht. Den Eltern des Kindes, selbst beide schwer verletzt, gilt unser ganzes Mitgefühl. Wir verneigen uns voller Erschütterung.

Zugleich verurteilt die CDU auf das schärfste den Terroranschlag auf das israelische Restaurant, ein weiteres beklammendes Glied in der Kette von Gewalt, von der unschuldige Bürger immer wieder heimgesucht werden. Bis zur Stunde ist über die Urheber des Verbrechens nichts bekannt. Aber gleichgültig, ob diese Bombe von Linksextremisten oder Rechtsextremisten gelegt wurde — in der vorbehaltlosen Verurteilung gibt es keinen Unterschied. Gerade gegenüber den Israelis steht das deutsche Volk in einer besonderen historischen Verpflichtung. Daran erinnert auf düstere Weise in diesen Tagen die 40jährige Wiederkehr der berüchtigten Wannsee-Konferenz, mit der die Massenvernichtung der Juden begann. Die CDU fordert die Berliner Ermittlungsbehörden auf, alles Erdenkliche zu unternehmen, um die Täter dieses abscheulichen Verbrechens zu finden.

möglich ist, die wir aus den Möglichkeiten gesammelt haben, die die Soziale Marktwirtschaft eröffnet.

Wir kommen aus den Schwierigkeiten nur heraus, wenn die öffentlichen und vor allem die privaten Investitionen verstärkt werden können. Das geht nicht ohne die notwendigen Voraussetzungen.

Angesichts der weltweiten Konkurrenz erfordert heute die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes im Durchschnitt einen Kapitaleinsatz von ungefähr 100 000 DM. Jedermann kann leicht ausrechnen, wie viele hundert Milliarden DM an Kapital investiert werden müssen, um die heute dringend notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen. Angesichts des Hereindrängens der geburtenstarken Jahrgänge in das Berufsleben gilt das für die nächsten Jahre noch viel mehr.

Unser Staat, der bereits mit 530 Milliarden DM verschuldet ist, kann dies nicht aus eigener Kraft leisten. Wir müssen fähig sein, wieder eine Welle privater Investitionen in Gang zu setzen. Das zerstörte Vertrauen muß wieder aufgebaut werden. Aus diesem Grunde — das gehört in die Haushaltsdebatte — ist es das wichtigste auf diesem Feld, daß die staatlichen Finanzen wieder solide geordnet werden.

■ INFORMATION

Blüm: Entrüstung in Amerika über Bonn

Für die Amerikaner sind weder ein Getreideembargo noch die Genfer Verhandlungen über die Stationierung von Mittelstreckenraketen ein Tabu, falls die Unterdrückung der Reformbewegung in Polen fort dauern sollte. Die europäischen Verbündeten Amerikas werden sich in diesem Falle der Frage schließlich gegenübersehen, wie sie ihre in dem Communiqué der NATO-Außenministerkonferenz vor zwei Wochen gegebenen Zusagen erfüllen wollen, welche europäischen Sanktionen am Ende also zu verhängen wären. Dies ist das Resümee der Gespräche, die der CDU-Politiker und Berliner Bundessenator Norbert Blüm in Washington führte. Wie Blüm Anfang der Woche in Bonn mitteilte, wäre es falsch, sollten die Europäer glauben, insbesondere die Bundesrepublik, mit der Zustimmung zu dem NATO-Communiqué den Erfordernissen des Bündnisses in diesem Zusammenhang erst einmal Rechnung getragen zu haben.

Blüm, der im Auftrag des CDU-Präsidiums reiste, traf in Washington unter anderem mit dem Vorsitzenden der amerikanischen Gewerkschaft AFLCIO, Kirkland, und dem stellvertretenden Außenminister und früheren Botschafter in Bonn, Stoessel, zusammen.

Kirchenaustritte

Die Meldungen von Kirchenaustritten evangelischer Bundeswehroffiziere haben den Generaldekan der evangelischen Militärsorge, Gramm, auf den Plan gerufen. Die Soldaten, so Gramm, sollten, anstatt die Kirche zu verlassen, lieber in Scharen hineingehen; denn nur so könn-

ten sie einer von ihnen bemängelten „einseitigen Politisierung“ und übertriebenen Kritik am „Friedensdienst mit der Waffe“ entgegenwirken. Hierzu erklärte Willi Weiskirch:

Dieser Rat des Generaldekans ist ohne Zweifel richtig; denn wenn das kirchliche Terrain allein den pazifistischen oder pseudo-pazifistischen Gruppen überlassen bleibt, darf man sich über die Konsequenzen nicht wundern.

Indes: die in ihrer Kirche — und hier kann man getrost die katholische miteinbeziehen — verankerten und beheimateten Soldaten haben einen Anspruch darauf, in ihrem Dienst nicht nur toleriert, sondern ernst genommen und respektiert zu werden. In den jüngsten Friedensdenkschriften der EKD und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken ist das formal geschehen. Das ändert aber nichts daran, daß im kirchlichen Umfeld — etwa in manchen religiösen Unterrichten und Rüstzeiten — der „Friedensdienst“ sehr einseitig umschrieben und ausgedeutet wird und von den Soldaten als Affront empfunden werden muß.

Aufgespießt

„Wie viele italienische Arbeiter, auch unter denen, die wirklich den Kapitalismus überwinden und in Italien und Westeuropa den Sozialismus aufbauen wollen, erstreben eine Gesellschaft und eine wirtschaftlich-politische Ordnung, wie sie in der UdSSR und in anderen Ländern des Ostens existiert? Ich glaube, wenn eine Befragung durchgeführt würde, wäre diese Gruppe eine geringfügige Minderheit.“

Enrico Berlinguer, Sekretär der Kommunistischen Partei Italiens.

2 000 statt 200 war die Zahl der Befragten des Instituts für Demoskopie in Allensbach zur Umfrage „Was die Bevölkerung von 1982 erwartet“ (s. UId 1/82, Seite 3).

■ POLEN-DEBATTE

Schmidt verspielt Glaubwürdigkeit und Vertrauenskapital

Der Bundestag hat in einer Kampfabstimmung den von der CDU/CSU eingebrachten Entschließungsantrag zur Polen-Politik abgelehnt und sich für den Antrag der SPD/FDP-Koalition entschieden. Damit ist die bisherige Gemeinsamkeit der Bundestagsparteien in der Polen-Frage, die noch am 18. Dezember dokumentiert worden war, zerbrochen.

Zu Tumultszenen kam es, als der Kanzler der Opposition vorwarf, sie nehme an einem Wettlauf der Scharfmacher teil und säe „Drachenzähne des Unfriedens“ im Westen. Eine Folge seien zahlreiche Briefe alter Nazis, die im Bundeskanzleramt einträfen. Helmut Kohl erwiderte: „Schwäche und Opportunismus Ihrer Politik haben dafür gesorgt, daß Sie sich in Verteidigung Ihrer Haltung nur noch mit Beleidigungen und Aggressivität über die Runden retten.“

In seiner Rede erklärte Helmut Kohl u. a.: Bevor ich mich mit dem eigentlichen Thema, der Aussprache über die Regierungserklärung zuwende, darf ich, auch im Namen der CDU/CSU-Fraktion, ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung unseren vielen Mitbürgern in der Bundesrepublik zurufen, die in den letzten Wochen in einer überzeugenden Weise von Mitmenschlichkeit in vielen Solidaritätsaktionen unseren politischen Nachbarn geholfen haben.

Wer die deutsch-polnischen Beziehungen im Laufe der Geschichte durchmißt; wer weiß, wieviel Blut und Tränen, auch wieviel Elend und Leid zwischen unseren Völkern steht; wer aber auch weiß, wieviel großar-

tige Kapitel deutscher und polnischer Geschichte im Ablauf des letzten Jahrtausends zu verzeichnen sind, der darf in einer solchen Stunde als Deutscher doch darauf hinweisen — und ich sage das mit Stolz —, daß allein in den letzten Monaten über den Caritasverband und das Diakonische Werk über 30 Millionen DM an Liebesgaben und Spenden gesammelt wurden — ein Betrag, der höher ist als alle Sendungen aus den übrigen Teilen des westlichen Europas.

Ich möchte an unsere Mitbürger appellieren, in diesen schlimmen Zeiten für unsere polnischen Nachbarn in ihrer Bereitschaft zum Spenden und zum Helfen nicht nachzulassen, nicht nachzulassen auf dem Wege privater Aktionen von Familie zu Familie. Deswegen bitte ich das Hohe Haus um seine Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag, der sicherstellen soll, daß für die Zeit der nächsten sechs Monate Hilfspakete nach Polen — ebenso wie dies jetzt in Schweden und Österreich möglich war — portofrei gesendet werden können.

Lassen Sie mich jetzt zur Regierungserklärung kommen, Herr Bundeskanzler.

Aus Ihrer Rede sprachen Hybris und Schwäche zugleich. Hybris ist es, wenn Sie so schlankweg erklären: Wer die Bundesregierung angreift und beleidigt, beleidigt die Bundesrepublik Deutschland. Meine Freunde und ich sind einige unter vielen in der Bundesrepublik Deutschland. Ich werde Ihnen nachher einiges dazu zu sagen haben, was ausländische Freunde über Sie sagen. Wir fühlen uns nicht beleidigt, wir fühlen uns auch nicht solidarisiert.

Aber so war das immer mit Ihnen, das ist das Signum Ihres politischen Weges. Es gab eine Phase, da glaubten manche, es sei anders geworden; Sie kehren jetzt zu Ihren Anfängen zurück. Wenn Sie nicht mehr weiterkönnen, schlagen Sie wild um sich — und es ist Ihnen gleichgültig, was Sie dabei zerstören.

In der Reihe der demokratisch gewählten Kanzler des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland gab es noch nie einen, der so wenig Wert darauf legte, seinen Beitrag zum inneren Frieden unseres Landes zu leisten.

Über Ihren Umgang mit der Wahrheit will ich nicht viel hinzufügen.

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in über 30 Jahren gab es noch nie zuvor eine so eindeutige, eine so harte Kritik an Politik und Person eines deutschen Bundeskanzlers und einer Regierung, wie wir dies in den letzten Wochen in Europa und in Amerika erfahren mußten. Herr Bundeskanzler, Sie sprachen von „Kritik in einigen Medien“. Sie werden es schwer haben, überhaupt noch eine positive Stimme über das Kommunikédeutsch hinaus irgendwo zu finden.

Unser Land hat durch Ihre opportunistische Politik viel von jenem Vertrauenskapital verloren, das wir in 30 Jahren mühsam gewonnen haben.

Das ist eine schlimme Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland, denn es gibt kein Land in Europa, das so sehr auf das Vertrauen in die Solidarität seiner Freunde angewiesen ist. Niemand, wir ganz gewiß nicht, empfindet über diese Entwicklung Schadenfreude; denn die Folgen tragen wir gemeinsam in Deutschland.

Herr Bundeskanzler, was jetzt in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung Frankreichs und in den USA laut wurde, ist nicht ein Ergebnis von Mißverständnissen. Das hat auch überhaupt nichts mit augenblicklicher Verärgerung zu tun. Die

Welle dieser Erregung hat antideutschen Bodensatz hochgeschwemmt, der uns alle zutiefst betroffen machen muß, der unserem Lande Schaden zufügt, weil Ressentiments wiedergeweckt werden, die nur sehr langsam abgebaut werden können.

Der Verfall des Ansehens der deutschen Politik draußen in der Welt und der Verfall des Ansehens dieser Regierung sind unübersehbar. Die Summe der Kritik hat Raymund Aron eindrucksvoll zusammengefaßt, als er sagte: Die Bundesrepublik weiß nicht mehr, zu welcher der zwei Welten sie gehören will, von welcher mehr zu fürchten und von welcher mehr zu erwarten sei.

Aus dem Munde dieses klugen Mannes am Ende der Ära Schmidt eine vernichtende Kritik! Für uns heißt das Problem nicht „Bundeskanzler Schmidt“, die Frage, die uns bewegt, heißt: Wie geht es weiter mit der Bundesrepublik Deutschland? Deshalb müssen wir uns fragen: Worauf ist es zurückzuführen, daß im verbündeten und befreundeten Ausland das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit, die Standfestigkeit und die Berechenbarkeit der deutschen Außenpolitik so erschreckend abgenommen hat?

Faßt man die Äußerungen zusammen, ergibt sich ein klarer Befund: Sie haben Spannungen im Verhältnis zu unserer Schutzmacht Amerika und Risse im Bündnis in Kauf genommen, um das Verhältnis zur Sowjetunion von Spannungen möglichst freizuhalten. Sie müssen sich schon die Frage gefallen lassen, ob Sie und Ihre eigene Partei, die SPD, die Bundesrepublik Deutschland immer noch als einen unstreitig integralen Bestandteil des Atlantischen Bündnisses betrachten.

Ich kann Sie, Herr Bundeskanzler, nur auffordern, die Kritik im Ausland nicht einfach abzutun, sondern durch Taten zu widerlegen. Sie sind es dem deutschen Volk schuldig, Herr Bundeskanzler.

■ ENERGIE

Drittes Fortschreibungsprogramm ein Dokument des Versagens

Die erste Ölkrise vor acht Jahren war das Ende der Illusion vom billigen und unerschöpflichen Öl. In den Fraktionen war man sich einig: wir müssen unsere Abhängigkeit vom Öl mindern; Kohle und Kernkraft müssen zukünftig einen wachsenden Beitrag zur Energieversorgung leisten; Energieeinsparung und neue Energien müssen entwickelt werden; Erdgas kann wachsende Beiträge leisten.

In der Debatte zur Dritten Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung führt der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Riesenhuber, u. a. folgendes aus: Energieprogramme wurden geschrieben und fortgeschrieben. In entscheidenden Bereichen wurden sie nicht verwirklicht; dies droht auch der Dritten Fortschreibung. Die Bilanz ist unbefriedigend geblieben. Steinkohle sollte einen höheren Anteil beitragen; aber von 1973 bis 1980 fiel der Verbrauch.

Kohle und Kernkraft, beide zusammen, sollten wesentliche Säulen unserer Energieversorgung sein; Kernkraft trägt heute insgesamt noch keine fünf Prozent bei. Für 1985 werden wir nicht einmal die Hälfte der Kapazität erreichen, die die Bundesregierung in ihrer Ersten Fortschreibung als wünschenswert bezeichnet hat. Wir haben keine neuen, zukunftssicheren Energiestrukturen, weder bei der Kohle noch bei der Kernkraft, nicht bei

Fernwärme und auch nicht bei den sogenannten sanften Energien.

Die Folgen dieser ungenügenden Energiepolitik werden deutlich. Das Leistungsbilanzdefizit wird 1981 bei ungefähr 25 Mrd. DM liegen, und unsere Ölrechnung wächst ständig. Die Verluste an Wirtschaftswachstum sind dramatisch und nicht aufholbar. Die Arbeitslosenzahl steigt, und gleichzeitig liegen Dutzende von Milliarden DM an Investitionen brach.

Die Ursachen für diese schlechte Politik liegen an einem grundsätzlichen ordnungspolitischen Streit innerhalb der SPD/FDP-Regierungskoalition. Es ist der Streit über Marktwirtschaft, und es ist der Streit über Technologiefeindlichkeit, insbesondere im Kernenergiebereich. Wesentliche Beschlüsse der SPD sind nicht marktwirtschaftlich angelegt. Ihre Sparvorschläge zielen nicht auf den Markt, sondern auf Energieverbrauchsordnung, Energiekontrolle und mehr Bürokratie. Zu verzeichnende Einsparung von Energie, insbesondere von Öl, ist nicht das Ergebnis staatlicher Gebote, sondern der vernünftigen Reaktion der Verbraucher auf rapide gestiegene Preise.

Wir brauchen alle Energieeinsparungsmöglichkeiten und wir brauchen alle Energieträger: wir brauchen sie auch unter den hohen Anforderungen für Sicherheit und Umweltschutz und Entsorgung, die wir in den vergangenen Jahren gemeinsam entwickelt haben.

Energiepolitik in einer begrenzten Welt, das heißt nicht nur die eigene Haut zu ret-

ten, das heißt auch die Folgen der eigenen Politik für diese begrenzte Welt mit abzuwägen und dann nach Kräften an der Zukunft zu arbeiten; das heißt auch alle verfügbaren Techniken verantwortlich zu entwickeln in funktionierenden Märkten.

Energiepolitik heute heißt, die Kräfte der Völker Europas zusammenzuschließen, in der Großforschung, in einer integrierten Energieversorgung, in einer zunehmend gemeinsamen Energiestrategie. Energiepolitik heißt auch Rücksicht auf die Länder der Dritten Welt.

MdB Albert Probst erklärte in der Debatte: Die Versäumnisse beim Ausbau der Kernenergie müssen von den Stromverbrauchern schon heute mit drei Milliarden Mark pro Jahr bezahlt werden. Die Kraftwerksunion beziffert die Bauverzögerungen bei allen deutschen Kernkraftwerken derzeit auf nahezu hundert Jahre, die Folgekosten in Form von Mehrkosten für die Zeitspanne von 1980 bis 2000 auf 240 Milliarden Mark.

In welchem Maße Genehmigungsverfahren inzwischen pervertiert worden sind, läßt sich besonders anschaulich am fortgeschrittenen Reaktortyp „Schneller Brüter“ in Kalkar verdeutlichen. Dort müssen jährlich 50 Tonnen Papier bearbeitet werden, um den Genehmigungsanforderungen gerecht zu werden. Mit dem Technischen Überwachungsverein sind in den letzten acht Jahren über 2 000 protokollierte Besprechungen geführt worden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß das Gesamtangebot für das Projekt Kalkar von ursprünglich projektierten 1,5 Milliarden Mark auf weit über fünf Milliarden Mark angewachsen ist.

In Frankreich wurde der Superphenix 1976 in Angriff genommen und sollte 1983 fertiggestellt werden. Dieser Termin verzögert sich nun um ein Jahr auf 1984. Und das bei einem Weltprototyp. Dieser Super-

phenix wird acht Milliarden Franc kosten, was 25 Prozent über dem Kostenvoranschlag liegt. Das heißt: Der Superphenix ist am Ende weit billiger als der Schnelle Brüter in Kalkar, obwohl er technisch wesentlich weiter fortgeschritten ist und die vierfache Kapazität aufweist. Auch sonst wird das französische Kernenergieprogramm unter der Regierung Mitterrand zielstrebig fortgeführt. Die Pariser Nationalversammlung hatte erst im Oktober des vergangenen Jahres mit großer Mehrheit beschlossen, daß bis Ende der 80er Jahre 53 Kernkraftwerke ans Netz gehen sollen.

Vorsprung der Franzosen

Da unsere Techniker und Ingenieure nicht dümmer sind als die französischen, müssen die kostenaufwendigen Verzögerungen beim Ausbau der Kernenergie bei uns allein politisch verantwortet werden. Denn die sachlich häufig nicht mehr zu rechtfertigenden Sicherheitsauflagen beim Genehmigungsverfahren sind das Ergebnis einer politischen Verunsicherungskampagne, die das Exkulpationsbedürfnis bei den beteiligten Firmen, Behörden und Gerichten ins Uferlose hat anwachsen lassen.

Die Franzosen sind in ihrer Kernenergiepolitik mit Sicherheit keine unberechenbaren Abenteurer oder technologischen Hasardeure. In Frankreich wird auch nicht — wie es Graf Lambsdorff neuerdings darzustellen versucht — in der Kernenergiepolitik Rechtsbeugung betrieben. In Frankreich wird lediglich — und zwar quer durch alle Parteien — in der Kernenergiepolitik verantwortungsbewußt gehandelt. Und weil es daran bei uns seit Jahren mangelt, werden die Franzosen — nach Berechnungen der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE) — im Jahre 1990 einen Strompreisvorsprung von 50 Prozent haben.

■ KOALITION

Ein Parteitag der Ratlosigkeit

Als Parteitag der Ratlosigkeit und Resignation hat der CDU-Generalsekretär und Wiesbadener Landtagsabgeordnete Kanther den Listenparteitag der hessischen SPD in Kassel bezeichnet. Der Versuch des SPD-Landesvorsitzenden Börner und des Bundesvorsitzenden Brandt, die Delegierten positiv für den Landtagswahlkampf zu motivieren, sei noch deutlicher als erwartet mißlungen.

Kanther erklärte: „Börner hat weder einen Ausweg aus der anhaltenden innerparteilichen Krise der SPD weisen können, noch ist er in der Lage gewesen, seine in allen wichtigen Zukunftsfragen des Landes zerstrittene Partei wieder sachpolitisch zu einen.“

Nach Ansicht Kanthers habe das Versagen der Kontroversen beispielsweise um die Energiepolitik oder um die Startbahn West drastisch gezeigt, wie es um die Realpolitik Börners stehe. Notwendige Entscheidungen zur Sicherung der Arbeitsplätze, zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit sowie zur Rückgewinnung wirtschaftlicher Stabilität, zur Sicherung des Wohlstandes und des sozialen Netzes sei Börner „trotz aller schönen Reden“ zu leisten nicht imstande.

FDP gespalten über die Beamtenpolitik

Zu der Forderung von FDP-Generalsekretär Verheugen, eine Million Beamte einzusparen und ihre Aufgaben Angestellten und Arbeitern zu übertragen, erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl-Dieter Spranger (CSU): Die FDP leistet in diesen Tagen wieder einen bemerkenswerten Beitrag

zum Thema „Glaubwürdigkeit in der Politik“. Ihr Generalsekretär Verheugen stellt in der „Bild“-Zeitung die öffentlichkeitswirksame Forderung auf, bei der Bahn, Post und in der Schulverwaltung auf die Beamten zu verzichten.

Noch nicht eine Woche ist es her, daß Bundesinnenminister Baum vor den Beamten in Bad Kissingen zu dem gleichen Thema folgendes ausgeführt hat: „Es wäre mit der verfassungsmäßigen Verpflichtung nicht zu vereinbaren, wenn in einzelnen Verwaltungszweigen und Funktionsbereichen ohne Rücksicht auf die Aufgaben der Anteil der Beamten gesenkt und die Attraktivität des Beamtentums gemindert würde... Wer Entbeamtungstendenzen das Wort redet und dies als ‚fortschrittlich‘ ausweist, der zeigt deutlich, daß er Inhalt und Bedeutung der Funktion des Berufsbeamtentums gründlich verkennt.“

Angeichts dieser entgegengesetzten Grundsatzpositionen stellt sich die Frage, ob die beiden Herren in derselben Partei sind. Naheliegender ist allerdings die Vermutung, daß hier zwei maßgebliche Vertreter der FDP in konsequenter Fortsetzung der Politik ihrer Partei jeweils der Bevölkerungsgruppe nach dem Munde reden, vor der sie gerade ihre Ausführungen machen.

Schmidt neben der SPD

Die SPD gilt bei der Mehrheit der Bevölkerung als eine Partei, die in sich zerstritten ist. Wie das Institut für Demoskopie in Allensbach festgestellt hat, glauben nur noch 18 Prozent der Deutschen an die innere Einigkeit der SPD. Die Umfrage hat ebenfalls ergeben, daß viele Bundesbürger der Meinung sind, Bundeskanzler Schmidt habe andere politische Ziele als seine Partei, deren stellvertretender Vorsitzender er ist. Weitgehende Unterschiede zwischen Schmidt und der SPD wer-

den sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik gesehen. Das Institut kommt zu der Schlußfolgerung: „Schmidt und die SPD — das sind heute zwei verschiedene politische Profile. Eine so zweideutige politische Profilierung, wie sie die Sozialdemokraten zur Zeit zu erkennen geben, kann nicht nur das politische Schicksal von Helmut Schmidt bedeuten, sondern auch das der SPD als Bonner Regierungspartei.“

Hamburger FDP: Koalition mit der CDU möglich

Der Hamburger FDP-Landesvorsitzende Klaus Brunnstein hält eine Koalition mit der oppositionellen CDU nach der Bürgerschaftswahl vom 6. Juni unter bestimmten Voraussetzungen für nicht ausgeschlossen.

In einem Interview der „Bild“-Zeitung meinte Brunnstein: „Wenn nicht ein stabiler SPD/FDP-Senat gebildet werden kann, muß die FDP prüfen, ob sie nicht in den sauren Apfel einer Koalition mit der CDU beißen muß, bevor sie einem CDU-Minderheitensenat die Regierung überläßt.“ Brunnstein wies auch darauf hin, daß sich der FDP-Landesvorstand mit einer Zweidrittelmehrheit für eine Koalition mit der derzeit noch mit absoluter Mehrheit regierenden SPD ausgesprochen hat. Über die Koalitionsaussage der Hamburger FDP zur Bürgerschaftswahl wird am 30. Januar ein Landesparteitag entscheiden. Gegenwärtig gibt es innerhalb der Partei Bestrebungen, eine Koalitionsaussage bis nach der Wahl offenzuhalten.

Der Club nützlicher Idioten

Zum Streit in der SPD über den Leitantrag zur Sicherheitspolitik für den SPD-Parteitag erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter-Kurt Würzbach: Der Bericht in der FAZ vom 16. 1. 1982 über die „ungewöhnliche Verfahrensweise“ und die „poli-

tische Richtungsentscheidung des Parteivorstandes“ der SPD enthüllt Vorgänge von einer Tragweite, die über das Tagesgeschehen weit hinausgehen. Im einzelnen wird eine Bewertung erst erfolgen, wenn der Leitantrag vorliegt.

Was jedoch heute schon alarmiert, ist die Feststellung eines Betroffenen aus der SPD, der gegenüber der FAZ sagte: „Die Sicherheitskommission ist der Club der nützlichen Idioten, die die Bundeswehrkontakte erledigen. Das nämlich ist unpopulär in der SPD.“ Nach kommunistischem Verständnis ist die Rolle der „nützlichen Idioten“ übrigens eindeutig geklärt!

Die SPD muß sich fragen lassen, wie weit ihre Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit im Hinblick auf die Bekenntnisse zur Bundeswehr schon heruntergekommen sind, daß diejenigen, die sich aus der Partei (Fraktion?) mit der Bundeswehr befassen, hausintern sozusagen die „nützlichen Idioten“ sind? Was aber sind dann die Angehörigen der Bundeswehr selbst und ihre Familien?

Löwenthal kritisiert SPD-Haltung zu Polen

Professor Richard Löwenthal bezeichnete vor Berliner SPD-Funktionären die Haltung der Bundes-SPD zu den Vorgängen in Polen als völlig unverständlich. Dieser Meinung sei er auch dann, wenn man der zurückhaltenden Reaktion der Bundesregierung beipflichten könne.

Löwenthal war Ende des vergangenen Jahres als Kritiker des Integrationskurses hervorgetreten, den der Parteivorsitzende Willy Brandt gegenüber den „Aussteigern“ steuert. Diese Position verteidigte er als Gast vor rund 120 aktiven Berliner Sozialdemokraten — eingeladen hatte ihn der ehemalige Bürgermeister Kurt Neubauer und der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Manning — ausdrücklich. Das berichtete die Zeitung „Die Welt“.

■ AUSLÄNDERPOLITIK

Union legt Konzept für eine langfristige Regelung vor

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 18. Januar 1982 einen Entschließungsantrag zur Ausländerpolitik beraten und verabschiedet. Dazu stellt der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion, Alfred Dregger, fest:

Der Antrag befaßt sich mit den Menschen fremder Staatsangehörigkeit. Soweit sie aus dem deutschsprachigen Raum kommen, gibt es keine Integrationsprobleme. Sofern es sich um Europäer handelt, wird ihre Integration und schließlich Assimilierung durch die gemeinsamen Wurzeln europäischer Kultur erleichtert. Die früheren Wanderungsbewegungen von Polen und Hugenotten zum Beispiel zeigen dies. Die Europäer aus dem Bereich der EG haben den unmittelbaren Anspruch auf Freizügigkeit.

Praktische Probleme ergeben sich einigen Ländern gegenüber aus den sehr großen regionalen Unterschieden in Entwicklungsstand und Lebensstandard. Das gilt auch in unserem Verhältnis zur Türkei, mit der uns eine alte Freundschaft und Zusammengehörigkeit in der NATO verbindet.

Schon jetzt bilden die Türken mit 1,5 Millionen Menschen die größte Ausländergruppe. Ihre Zahl würde sich drastisch vergrößern, falls es nicht gelingt, mit der türkischen Regierung Regelungen der im Assoziierungsabkommen vorgesehenen Freizügigkeit auszuhandeln, die dem Interesse beider Seiten entspricht. Wir fordern

die Bundesregierung auf, darüber in Verhandlungen einzutreten.

Der Entschließungsantrag der Bundestagsfraktion hat folgenden Wortlaut:

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Bundestag stellt fest, daß bei voller Anerkennung der Verantwortung gegenüber der deutschen Bevölkerung und den hier lebenden Ausländern bei einer Zahl von etwa 4,7 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland, von denen etwa 3,2 Millionen aus Ländern außerhalb der EG kommen, die Aufnahmemöglichkeiten erschöpft sind. Im Interesse der deutschen Bevölkerung wie auch der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland müssen unter Beachtung der humanitären und internationalen Verpflichtungen, insbesondere in der EG sowie der finanziellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten umgehend wirksame und umfassende ausländerpolitische Maßnahmen getroffen werden.

I.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Eine Umgehung dieses Grundsatzes durch weiterhin ungesteuerten Zuzug von Ausländern ist mit allen legalen und humanitär vertretbaren Mitteln zu unterbinden.

① Der Anwerbestopp ist beizubehalten. Er darf nicht umgangen werden.

② Illegale Einreise, insbesondere über Ost-Berlin, und ungesetzlicher Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland müssen verhindert werden.

③ Illegale Arbeitsaufnahme und Beschäftigung müssen unterbunden werden.

④ Ein Aufenthalt zur Ausbildung und zum Studium darf grundsätzlich nicht zur Dauerniederlassung führen. Ausbildung und Studium für Ausländer sollen zur Rückkehr motivieren und die Heimatländer fördern.

⑤ Die Bundesregierung soll darauf hinwirken, daß durch EG-Assoziierungen oder weitere Beitritte zur EG eine weitere Aufnahme von Ausländern nicht erfolgt.

Dies gilt auch im Hinblick auf die für 1986 anstehenden Regelungen der Freizügigkeitsprobleme zwischen der EG und der Türkei.

⑥ Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts zu treffen, damit der anhaltenden Flut von Scheinasylanten und Wirtschaftsflüchtlingen Einhalt geboten wird.

II.

Die Bemühungen um die unter uns lebenden Ausländer müssen der Gefahr ihrer sozialen Isolation entgegenwirken und in Einklang stehen mit staatlichen, strukturellen, finanziellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten. Ausländerpolitik ist nicht nur Arbeitsmarktpolitik, sondern auch Familien-, Jugend- und Kulturpolitik.

① Die Bundesrepublik Deutschland trägt als Teil des gespaltenen Deutschlands historische und verfassungsrechtliche Verantwortung für die deutsche Nation. Deutschland kann nach seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis kein Einwanderungsland sein oder werden.

② Die Bundesrepublik Deutschland trägt aber auch Verantwortung für die Ausländer, die als Arbeitskräfte angeworben wurden und für ihre Familien, die hier selbsthaft geworden sind. Die Eingliederung aller in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer unter Wahrung ihrer vollen nationalen und kulturellen Eigenständigkeit ist jedoch weder möglich noch in beiderseitigem Interesse wünschenswert.

③ Bund, Länder und Gemeinden sollen anerkannte Organisationen unterstützen, die sich darum bemühen, der Isolation von Ausländergruppen und der Ghettoisierung entgegenzuwirken.

④ Unterricht und Bildung an deutschen Schulen müssen auch den berechtigten Interessen der ausländischen Kinder Rechnung tragen. Bemühungen der Länder um verstärkten Deutschunterricht, muttersprachlichen Ergänzungsunterricht, Religionsunterricht sind zu unterstützen. Wirksame Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung sind fortzuentwickeln.

⑤ Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht und bedarf entsprechender staatsbürgerlicher Pflichten. Das Wahlrecht, auch das kommunale Wahlrecht für Ausländer, wird abgelehnt. Auf kommunaler Ebene sollen Ausländer zu sie berührenden Fragen beratend beteiligt werden.

⑥ Die geltenden Regelungen der Einbürgerung sind ausreichend und tragen den Belangen der Ausländer Rechnung. Dies gilt insbesondere für Ausländerkinder, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen und integriert sind.

Einbürgerung darf nicht Mittel zur Integration oder Assimilation sein, sondern nur deren Ergebnis.

III.

Die Rückkehrfähigkeit der Ausländer muß erhalten, die Rückkehrbereitschaft gestärkt werden.

- ① Die Bemühungen der Ausländer um Beratung ihrer nationalen Identität sind anzuerkennen.
- ② In Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern sind Programme zu entwickeln und durchzusetzen, um Ausländern die Rückkehr in ihre Heimatländer zu erleichtern. Hierbei ist etwa an die Kapitalisierung der in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen Rentenanswartschaften, der Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung und der beschäftigungspolitischen Nutzung des hier angesammelten Sparkapitals zu denken.
- ③ Die Zusammenführung von Familien soll in erster Linie durch Förderung der Rückkehr in die Heimat bewirkt werden.

IV.

Es gibt nicht nur Gastrechte, sondern auch Gastpflichten. Recht und Gesetz des Gastlandes müssen deshalb eingehalten werden. Kriminalität und politischer Extremismus von Ausländern sind ein Verstoß gegen das Gastrecht und müssen nachhaltig bekämpft werden.

- ① Politisch motivierte Gewalttäter, politische Extremisten und zu Freiheitsstrafe verurteilte Rechtsbrecher müssen ausgewiesen werden.
- ② Ausländervereinigungen mit politisch extremistischen Zielsetzungen müssen verstärkt überwacht werden.
- ③ Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden mit den Ausländerbehörden bei der Bekämpfung von Ausländerkriminalität und des Ausländerextremismus muß verbessert werden.

Begründung:

Seit 1973 ist die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung durch ständig wachsende Familienzusammenführung, hohe Regenerationsquote, illegale Einreisen und mißbräuchliche Ausnutzung des Asylrechts auf etwa 4,7 Millionen angestiegen.

Nur etwa 2 Millionen davon sind erwerbstätig. Mehr als 90 % aller Anträge auf Asylgewährung werden — meistens erst nach langjährigen Rechtsstreitigkeiten bei Aufenthalt der Antragsteller in der Bundesrepublik Deutschland — als unbegründet zurückgewiesen. Die Beteiligung von Ausländern an kriminellen Delikten und gewalttätigen Aktionen politischer Extremisten hat besorgniserregende Ausmaße angenommen. Mit einem durchschnittlichen Ausländeranteil von 7 % — in Teilbereichen bis zu 25 % — ist die Grenze der Belastbarkeit für unseren Staat und seine Bevölkerung, für Infrastruktur sowie für Wohnungs- und Arbeitsmarkt erreicht, mindestens in Ballungsräumen sogar weit überschritten.

Infolge dieser Entwicklung drohen heute schon irreparable Schäden für das politische und soziale Umfeld, für Staat und Wirtschaft, für zwischenmenschliche Beziehungen von Deutschen und Ausländern, für die Ausländer selbst und das Verhältnis der Ausländergruppen untereinander.

Die Untätigkeit der Bundesregierung auf diesem Gebiet ist weitgehend für diese unerträgliche politische Situation verantwortlich. Ihre Unentschlossenheit, eine ausländerpolitische Gesamtkonzeption zu entwickeln und politisch durchzusetzen, hat zu einer zunehmend emotionalisierten Diskussion geführt, die die zusätzliche Gefahr der Ausländerfeindlichkeit heraufbeschwört.

Mit dem Antrag soll der Anstoß für die Entwicklung eines umfassenden Konzepts zur Lösung des Ausländerproblems und die zu treffenden Maßnahmen gegeben werden. Im Hinblick auf die grundsätzliche Bedeutung und die langfristigen Auswirkungen über die Jahrtausendgrenze hinaus sind alle politisch verantwortlichen Organe und Institutionen aufgerufen sich zu beteiligen.

■ BUNDESPARTEI

Delegiertenschlüssel für den Bundesausschuß 1982

Der für das Jahr 1982 gültige Delegiertenschlüssel zum Bundesausschuß liegt jetzt fest. Dieser Ermittlung liegt der § 30 (1) des CDU-Statuts zugrunde, wonach die Landesverbände auf je angefangene

7 500 Mitglieder einen Delegierten entsenden.

Der Delegiertenschlüssel zum Bundesausschuß wird jedes Jahr neu erstellt und orientiert sich an dem Mitgliederstand per 30. September 1981. Die Delegierten für den Bundesausschuß dürfen nicht früher als höchstens zwei Jahre vor der jeweiligen Bundesausschußsitzung gewählt sein (§ 12 Abs. 1 und 3 Parteiengesetz).

Die nächste Sitzung des Bundesausschusses findet wie bekannt am 10. Mai 1982 in Berlin statt.

Landesverband	Mitgliederstand 30. 9. 1981	Anzahl der Sitze neu:	(alt:)
1 bis			
4 Baden-Württemberg	87 616	12	(12)
5 Berlin	15 904	3	(2)
6 Bremen	3 489	1	(1)
7 Hamburg	12 888	2	(2)
8 Hessen	68 513	10	(9)
9 Braunschweig	10 753	2	(2)
10 Hannover	76 493	11	(10)
11 Oldenburg	17 554	3	(3)
12 Rheinland	131 886	18	(18)
13 Westfalen-Lippe	128 739	18	(18)
14 Rheinland-Pfalz	77 676	11	(11)
15 Saar	30 584	5	(5)
16 Schleswig-Holstein	40 327	6	(6)
		102	99
17 Exil-CDU		8	
		110	
18 Bundesvorstand		34	
		144	
19 Vertreter der Vereinigungen		6	
Gesamt		150	

= gem. Beschluß
Hamburger BPT 1981

Beamte gefährdet durch Ämterpatronage

„Parteibuchwirtschaft“ bei der Einstellungs- und Beförderungspraxis untergrabe die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Das erklärte der Präsident des

Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, bei einer Arbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes in Bad Kissingen und bezeichnete die „nach überwiegender Auffassung schlicht verfassungswidrige parteipolitische Ämterpatronage“ als eine Gefährdung des Berufsbeamtentums.

■ WEHRDIENSTVERWEIGERER

Union für Verlängerung des Ersatzdienstes um sechs Monate

Zu der in der Öffentlichkeit geäußerten Kritik an dem Beschluß des 30. Bundesparteitages der CDU in Hamburg, das Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer abzuschaffen, erklärt Generalsekretär Heiner Geißler:

Der 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg hatte beschlossen, das bisherige Verfahren für Wehrdienstverweigerer abzuschaffen. Dieser Beschluß ist in der Öffentlichkeit in den vergangenen Wochen kritisiert worden. Vor allem wurde die Behauptung aufgestellt, die Christlich Demokratische Union wolle die Gewissensprüfung abschaffen und gleichzeitig den Wehrpflichtigen eine Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und zivilem Ersatzdienst einräumen. Diese Vorwürfe sind nicht berechtigt.

Die CDU will zwar das Prüfungsverfahren und damit auch die Gewissensprüfung vor dem Prüfungsausschuß, also einer Behörde, beseitigen. Dies ist richtig. Die Erfahrung hat gezeigt, daß das Gewissen nicht justitiabel ist. Man kann den Menschen nicht in das Herz schauen und nur in wenigen Fällen aus dem Gesamtverhalten eines Menschen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit darauf schließen, daß die vorgebrachten Gewissensbedenken unecht und erfunden sind.

Dies ist dann z. B. der Fall, wenn jemand Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen beanspruchen würde, der mehrfach wegen vorsätzlicher Körperverletzung bestraft worden ist. Das bisherige

Verfahren kann auch deshalb als gescheitert gelten, weil es dem Sprachgewandten und Gebildeten größere Chancen in der Darstellung seiner Gründe einräumt als dem sprachlich gehemmten, weniger Gewandten.

Der Vorschlag der CDU hat jedoch zwei wichtige Voraussetzungen: Erstens müssen so viele Ersatzdienstplätze geschaffen werden, daß auch alle Ersatzdienstleistende sofort zum zivilen Ersatzdienst eingezogen werden können. Der zivile Ersatzdienst wird verlängert, und zwar um 6 Monate über die Dauer der Wehrpflicht hinaus. Diese beiden Entscheidungen sind die Voraussetzung dafür, daß das Prüfungsverfahren für Wehrdienstverweigerer in der bisherigen Form abgeschafft werden kann. Die Gewissensprüfung wird dadurch nicht beseitigt, das ist der entscheidende Gesichtspunkt, sondern die Gewissensprüfung wird von der Behörde weg verlagert in die Person, in das Gewissen desjenigen, der den Wehrdienst verweigern will. Er muß jetzt mit sich ins reine kommen, sein Gewissen prüfen, ob seine Gründe so ernst und so echt sind, daß er mit seiner Entscheidung, den Wehrdienst zu verweigern, die zusätzliche Belastung eines sechs Monate längeren zivilen Ersatzdienstes auf sich nehmen will.

Diese neue Regelung ist unter den genannten Voraussetzungen nicht nur praktikabler, sondern auch gerechter und entspricht im übrigen der im Artikel 1 des Grundgesetzes geforderten Achtung des Staates vor der Würde des einzelnen Menschen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Fälschung

Politiker gehen nicht selten hemdsärmelig mit der Wahrheit um, wenn sie sich für ihre Sache einen Vorteil versprechen oder wenn sie in der Klemme sitzen. Darin unterscheiden sie sich von gewöhnlichen Sterblichen nicht. Allerdings darf man von einem Politiker erwarten, daß er wenigstens intelligent schwindelt. Einer, der diese Erwartungen enttäuschte, war in Sachen Polen der Herr Bundeskanzler persönlich.

In einem „Stern“-Interview sagte er: „Ich habe nie einen Zweifel daran gehabt, daß sich die Ereignisse in Polen am 13. Dezember ohne sowjetischen Druck so nicht ereignet hätten.“

Berechtigter Einwand des Interviewers: „Ihr Regierungssprecher war offenbar anderer Meinung. Staatssekretär Becker hat noch am 30. Dezember gesagt, die Bundesregierung halte Moskau nicht für den Anstifter der Verhängung des Kriegszustandes in Polen. Haben Sie Ihre Meinung geändert?“

Darauf Schmidt: „Nein. Ich wiederhole: Ohne sowjetischen Druck wäre es zu den Ereignis-

sen nicht gekommen. Die Äußerungen des Regierungssprechers sind zumindest falsch wiedergegeben.“

Dieser letzte Satz des Kanzlers enthält eine erstaunlich schlichte Unwahrheit. Nach dem Wortprotokoll der Bundespressekonferenz vom 30. Dezember sagte Regierungssprecher Becker: „Die Bewertung der Lage in Polen hängt beispielsweise von der Frage ab, ist das Kriegrecht autonom von der polnischen Regierung verhängt worden, wie wir glauben, ohne es genau zu wissen — ich sage: wie wir glauben —, oder trifft es zu, was die Prämisse der amerikanischen Regierung für ihre Sanktionen ist, daß die polnische Regierung nicht aus eigenem Antrieb und auch nicht in eigener Zuständigkeit gehandelt hat? Mit anderen Worten: Ist die Sowjetunion — dies ist jetzt eine Frage, eine theoretische Frage — gewissermaßen als Anstifter der Verhängung des Kriegszustandes zu betrachten? Wir teilen diese Auffassung nicht.“

In der gesamten Presse wurde der Extrakt dieser Becker-Äußerung — Bonn sieht Moskau nicht als „Anstifter“ — völlig korrekt wiedergegeben. Doch der Herr Bundeskanzler geruhen Fälscher am Werk zu sehen.

Einen gibt es in diesem Falle tatsächlich: Ihn. Mit Verlaub.

Flensburger Tageblatt, 16. 1. 1982

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44 -3 04. **Verlagsleitung:** Peter Mühlenbach, Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 40,— DM. **Einzelpreis** 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId